

1. VII. 1919

Das Schicksal des Ostens.

Propaganda für Nachgiebigkeit.

Danzig, 1. Juli. Der Parlamentarische Aktionsausschuss Nord hielt am 28. Juni im Landeshause zu Danzig eine Sitzung ab. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß bei Ratifizierung des Friedens eine feierliche Rechtsverwahrung gegen die Vergewaltigung des Ostens eingelegt werden soll. Zu diesem Zwecke sollen die Abgeordneten der Gebiete, für die der parlamentarische Aktionsausschuss Nord gebildet ist, nach Berlin zu einer Gesamtsitzung berufen werden.

Der Aktionsausschuss ist der Ansicht, daß die Bevölkerung des Ostens mit dem Spruch der Nationalversammlung sich abfinden muß. Indem aber die Bevölkerung die drückenden Pflichten des Gewaltfriedens auf sich nimmt, wird sie andererseits die ihr verbliebenen Rechte mit aller Entschiedenheit wahren. Insbesondere muß daran festgehalten werden, daß bis zum Inkrafttreten des Friedens die Hoheitsrechte in den Ostgebieten dem Deutschen Reiche verbleiben. Bis zu diesem Zeitpunkte werden sie auch gegen jeden gewaltsamen Übergriff geschützt werden. An die in den Abstimmungsbezirken wohnenden Deutschen richtet der Aktionsausschuss die dringende Bitte, ihr Volkstum hochzuhalten und sich bei der Stimmabgabe weder durch Drohungen noch durch Lockungen beirren zu lassen. Mögen sie nach wie vor treu zur deutschen Volksgemeinschaft stehen. Einst kommt der Tag, da ein gerechter Richterspruch der Weltgeschichte das Unrecht von Versailles wiedergutmachen wird.

Danzig, 1. Juli. Der Fünftehnerausschuss der deutschen Volksräte, der in Danzig tagte, hat sich aufgelöst. Die Mitglieder haben Danzig verlassen.

Mit diesem Aufrufe des parlamentarischen Aktionsausschusses Nord, der sich in Danzig vor einigen Wochen gebildet hatte, um die Abwehr gegen die Polen zu organisieren, dürfte die gegen die Polen geplante Aktion vorzeitig ihr Ende gefunden haben. Die geplante Rechtsverwahrung gegen die Vergewaltigung des Ostens ist naturgemäß nichts anderes als ein papierener Protest, der weder nach innen noch nach außen irgendwelchen Eindruck machen dürfte. Das Wesentliche ist nun einmal, daß die Organisation, auf die der Osten viele Hoffnungen gesetzt hatte, der Bevölkerung selbst den Rat gibt, sich mit den Tatsachen abzufinden.

Die Reichswehrbrigade Nr. 5 (10. Infanterie-Division) hat an die Regierung ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt:

Proteste deutscher Männer, die ihr Vaterland und ihre Heimat lieben, scheinen an der Reichsregierung unbeachtet vorüberzugehen. Wenn Worte nicht mehr helfen, dann müssen wir nach gutem deutschen Brauch zur Tat schreiten. Läßt uns die Reichsregierung im Stich, so wird sie die Folgen ihres undeutschen Handelns tragen müssen.

Es gibt hier, Gott sei Dank, noch Männer, die deutscher denken als ihre Volksgenossen in Berlin und im Westen. Wir gehen für die Freiheit unserer Heimat lieber ehrenvoll unter, als daß wir in unwürdiger Knechtschaft fortleben. Reichswehrbrigade Nr. 5 (10. Infanterie-Division) zugleich für die unter ihrem Schutz stehende deutsche Bevölkerung der Kreise Mlitsch, Rawitsch, Lissa, Fraustadt und Gohrau.

Die Erregung im Osten.

Aus Königsberg i. Pr. wird gemeldet: Trotz amtlicher Beruhigung herrscht infolge der Abtrennung vom Reich unter den Bewohnern des Kreises Ragnit nämlich der Memel große Bestürzung. Die Kreisparlasse wurde von Hunderten gestürmt, die infolge der Kostrennung den Verkauf ihrer Einlagen befürchten. In Tilsit macht sich gleichfalls große Beunruhigung durch ein Gerücht bemerkbar, daß auch die Städte Tilsit und Ragnit noch an die Entente abgetreten werden sollen. Das völlig haltlose Gerücht wird von Nationalkäufern in Tilsit eifrig geschürt, wie diese überhaupt lebhaft Propaganda entfalten und beabsichtigen, ein großlitauisches Organ in Tilsit erscheinen zu lassen.